



## Niederschrift

### 38. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 27.03.2012
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:45 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	Teilnahme ab 17:00 Uhr
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	Teilnahme ab 17:35 Uhr
Herr Volker Klamke	SPD	Teilnahme bis 20:15 Uhr
Frau Hannelore Knoblich	SPD	Leitung der Sitzung
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	

##### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	Teilnahme für Frau Schummel
-------------------------	-----------	-----------------------------

##### sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	
Frau Sabine Bittrich	Migrantenbeirat	
Frau Christiane Erning	Potsdamer Demokraten	Teilnahme bis 20:00 Uhr
Frau Beate Kruczek	FDP	Teilnahme bis 20:00 Uhr
Frau Sabine Speck	BürgerBündnis	
Herr Dr. Alexander Steinicke	DIE LINKE	Teilnahme ab 18:15 Uhr
Herr Sandro Szilleweit	Die Andere	Teilnahme bis 20:00 Uhr

##### Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

##### Gast

Herr Dietmar Weiberlenn	FBL Bildung und Sport
Herr Torsten Gessner	BL Sport
Frau Dr. Roswitha Voigtländer	Volkshochschule
Frau Marion Mattek	Bibliothek
Herr Eckhard Dörnbrack	Staatl. Schulamt
Herr Wapenhans	KIS
Frau Dr. Helga Breuninger	Breuninger Stiftung GmbH

Frau Ulrike Kegler	SL Montessori- Oberschule
Herr Dirk Albrecht	GB 2
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat
Frau Anne Pichler	Stadtsportbund
Herr Rüdiger Ziemer	SL Sportschule Pdm.
Frau Karin Schmidt	Vors. Wohnheimaus- schuss Sportschule Pdm.
Herr Torsten Heintz	Vors. Elternkonferenz Sportschule Pdm.
Frau Ute Sello	Bäderlandschaft Potsdam GmbH
Herr Dr. Kranert	Potsdamer Bibliotheks- gesellschaft PNN
Frau Dittfeld	FB Bildung und Sport
Frau Marion Schulz	Wohnheim
Herr Olaf Wetschlag	901
Herr Jan Brunzlow	Ortsbeirat Grube
Frau Carola Walter	MAZ
Frau Claudia Krause	

**Nicht anwesend sind:**

**Ausschussvorsitzender**

Herr Michael Schröder	CDU/ANW	entschuldigt
-----------------------	---------	--------------

**Ausschussmitglieder**

Frau Olga Schummel	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	entschuldigt
Herr Arndt Sändig	Die Andere	nicht anwesend

**stellv. Ausschussmitglieder**

Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW	entschuldigt
Frau Franziska Schneider	Familienpartei	entschuldigt

**sachkundige Einwohner**

Herr Florian Engels	SPD	entschuldigt
Frau Kathleen Krause	SPD	entschuldigt
Frau Dr. Manja Orłowski	SPD	entschuldigt
Herr Sven Stolpe	DIE LINKE	nicht anwesend
Herr Daniel Zeller	Bündnis90/Die Grünen	entschuldigt

**Schriftführer/in:**

Frau Wildgrube, Gudrun

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.02.2012 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3 Wahl Stellvertreter des Ausschussvorsitzenden
- 4 Benennung der Vertreter aus den Fraktionen für die Erarbeitung eines  
gemeinsamen Vorschlages zur Entwicklung der Schulsozialarbeit an Schulen
- 5 Vorstellung Projekt Schlänitzsee
- 6 Sachstand Fertigstellungstermin Volkshochschule/Bildungsforum
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 7.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012  
Vorlage: 11/SVV/0906  
Servicebereich Finanzen und Berichtswesen  
alle Ortsbeiräte
  - 7.2 Überarbeitung der Preisliste städtischer Bäder  
Vorlage: 11/SVV/0863  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
  - 7.3 Anpassung der Sportfördersatzung der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 12/SVV/0038  
Neue Fassung vom 21.02.2012  
Fraktionen FDP, Potsdamer Demokraten
  - 7.4 Zweite Änderung der Sportanlagen- Nutzungs- und Vergabeordnung der  
Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 12/SVV/0144  
FB Bildung und Sport
  - 7.5 Aufhebung der Satzung über die Nutzung und die Erhebung von Gebühren des  
Wohnheimes der Spezialschule Sport 'Friedrich Ludwig Jahn' und  
Beschlussfassung der Entgeltordnung für die Bereitstellung von Unterkunft und  
Verpflegung im Wohnheim der Spezialschule Sport 'Friedrich Ludwig Jahn'  
Vorlage: 12/SVV/0141  
FB Bildung und Sport  
auch Luftschiffhafenbeirat
  - 7.6 Kommunale Immobilien für freie Schulträger  
Vorlage: 12/SVV/0097  
Fraktion DIE LINKE
- 8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Information zur Märkischen Bildungsmesse

9 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende kann an der Sitzung nicht teilnehmen. Da nach dem Ausscheiden von Frau Dr. Orłowski noch kein Stellvertreter gewählt wurde, wird die Sitzung durch das älteste Ausschussmitglied geleitet.

**Frau Knoblich** eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.02.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

**Frau Knoblich** stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Sie schlägt vor, TOP 3 bis zur Sitzung am 24.04.2012 zurückzustellen. Zu TOP 7.3 hat Herr von der Osten-Sacken mitgeteilt, dass er nicht an der Sitzung teilnehmen kann und darum gebeten hat, die Behandlung der DS 12/SVV/0038-neue Fassung zurückzustellen.

**Herr Menzel** bittet darum, unter TOP Sonstiges zum Thema Reinigungs- und Lüftungsverhalten an Potsdamer Schulen zu diskutieren.

**Frau Knoblich** lässt den Antrag von Herrn Menzel abstimmen.  
Abstimmungsergebnis: 1 Stimme dafür.

Die Ausschussmitglieder stimmen der von Frau Knoblich vorgeschlagenen veränderten Tagesordnung mehrheitlich zu. Zur Niederschrift der Sitzung vom 14.02.2012 gibt es keine Einwendungen.

**Frau Knoblich** lässt die Niederschrift der Sitzung vom 14.02.2012 abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung vom 14.02.2012 in der vorliegenden Fassung zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

**zu 3 Wahl Stellvertreter des Ausschussvorsitzenden**

Der TOP wird zurückgestellt.

**zu 4 Benennung der Vertreter aus den Fraktionen für die Erarbeitung eines gemeinsamen Vorschlages zur Entwicklung der Schulsozialarbeit an Schulen**

**Herr Weiberlenn** informiert, dass die Sitzung des Systems Schule wahrscheinlich am 31.05.2012 stattfinden wird. Der Verwaltung liegen bisher keine namentlichen Meldungen der Fraktionen vor.

Folgende Vertreter werden benannt:  
Fraktion DIE LINKE - Herr Wollenberg  
Fraktion CDU/ANW - Herr Dünn  
Fraktion FDP - Herr von der Osten-Sacken

**Frau Knoblich** bittet darum, dass die anderen Fraktionen ihre Vertreter an die Verwaltung melden.

**zu 5 Vorstellung Projekt Schlänitzsee**

**Frau Knoblich** begrüßt Frau Dr. Breuninger von der Breuninger Stiftung und die Schulleiterin der Montessori-Oberschule, Frau Kegler.

**Frau Bankwitz** fragt nach, wie der Punkt auf die Tagesordnung kommt.

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass das Projekt dem Oberbürgermeister vorgestellt wurde. Die Initiativen der Breuninger Stiftung im Land Brandenburg haben ihn beeindruckt und er habe vorgeschlagen, das Projekt innerhalb der Stadtverwaltung und der Gremien bekannt zu machen.

**Frau Kegler** erklärt, dass das Projekt Bestandteil des pädagogischen Konzeptes der Montessori-Oberschule sei. In diesem konkreten, praktischen Projekt am Schlänitzsee könnten die Schüler Selbsterfahrung lernen. Man wolle neue Schritte im evolutionären Lernen machen und möchte, dass Potsdam das Projekt zur Kenntnis nimmt und unterstützt. Das Projekt werde von der Bosch Stiftung, der Stiftung Brandenburger Tor und der Breuninger Stiftung unterstützt.

**Frau Dr. Breuninger** informiert, dass sie seit 3 Jahren in Potsdam als Stifterin tätig sei. In Angermünde unterstütze sie ein Projekt für Langzeitarbeitslose. Seit 1. Januar 2012 ist sie Pächterin des Grundstückes Schlänitzsee und am 5.

Januar 2012 habe sie dem Oberbürgermeister das Konzept vorgestellt. Die Montessori-Oberschule habe ein Schulmodell aufgebaut, welches sich in der Welt sehen lassen könne. Es gebe in Deutschland ca. 40 Schulen, die ähnliche Projekte machen. Ihre Stiftung möchte dazu beitragen.

**Frau Walter** vom Ortsbeirat Grube erklärt, dass das Thema seit 2008 bekannt sei. Allerdings sei der Schlänitzsee für das Projekt nicht geeignet. Im Flächennutzungsplan sei ausgewiesen, dass das Grundstück zurückgebaut werden soll und Renaturisierung vorgesehen sei. Das Gebiet sei asbestverseucht und die Arbeit mit Kindern sei deshalb untersagt. Im Ergebnis der Ortsbeiratssitzung vom Oktober 2009 sollte sich die Schule ein neues Grundstück besorgen.

**Frau Dr. Breuninger** erklärt, dass sie im Februar 2012 mit dem Vorsitzenden des Ortsbeirates, Herrn Gutschmidt, gesprochen habe. Sie habe den Oberbürgermeister um Unterstützung gebeten, dass die Jungenschule dort bleiben könne. Als Stifterin sei sie bereit, die juristischen Dinge zu klären.

**Frau Knoblich** merkt an, dass es sich um unterschiedliche Aussagen handele, die man heute nicht klären könne. Sie bittet darum, den Sachverhalt zur Kenntnis zu nehmen und ggf. die Diskussion an anderer Stelle zu führen.

**Frau Dr. Magdowski** erläutert, dass Stellungnahmen der Verwaltung vorliegen. Anliegen war, ein Bildungsprojekt vorzustellen, das Nachahmer in Deutschland gefunden hat und dafür zu sensibilisieren, dass man an der Montessori-Oberschule Potsdam experimentiere. Fragen wurden beim Oberbürgermeister besprochen und er habe sich im Ergebnis dafür ausgesprochen, das Projekt zu unterstützen.

**Herr Menzel** würde konzeptionell gern mehr über das Projekt erfahren.

**Frau Kegler** verteilt an interessierte Ausschussmitglieder ein Informationspapier.

## **zu 6 Sachstand Fertigstellungstermin Volkshochschule/Bildungsforum**

**Herr Wapenhans** erklärt, dass man es mit unterschiedlichen Baukörpern zu tun habe. Das Bildungsforum, welches durch den KIS saniert werde und die Baustelle der Fachhochschule, die durch den Sanierungsträger Potsdam und den Landesbetrieb Bauen saniert wird. Beide Gebäude stoßen durch den Verbinder aneinander. Wenn der Verbinder so bleibe, könne man brandschutztechnisch nicht alles in Betracht ziehen, wie geplant. Zur Zeit gebe es dazu Abstimmungen zwischen dem Sanierungsträger, der Fachhochschule und dem Land. Vorausgesetzt, dass für den Verbinder eine Lösung gefunden werde, könne die Bauplanung bis zum Jahresende abgeschlossen werden. Alles andere sei Spekulation.

**Frau Dr. Schröder** verweist auf die Behandlung im Kulturausschuss in der Januarsitzung. Dort sagte der KIS, dass es ginge. Sie verstehe nicht, wieso es so kurzfristig Abstimmungsschwierigkeiten gebe.

**Herr Wapenhans** erklärt, dass das Thema Verbinder nicht neu sei. Bislang sei man jedoch von einer zeitnahen Lösung ausgegangen. Die Fachhochschule befinde sich nicht auf dem Grundstück des KIS. Insofern könne der KIS nichts tun und müsse die Abstimmungen abwarten.

## zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

### zu 7.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012

#### Vorlage: 11/SVV/0906

Servicebereich Finanzen und Berichtswesen  
alle Ortsbeiräte

**Herr Menzel** fragt die Verwaltung, ob sie mit dem Haushalt 2012 zufrieden sei. Ihm sei unklar, warum sich der Bildungsausschuss nicht zum Thema Ersatzlehrer positioniert, die 2012 wegfallen.

**Herr Wollenberg** bittet darum, die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE im Bildungsausschuss zu behandeln und abzustimmen.

**Herr Klamke** stellt Nachfragen zu PC-Technik und Schülerbeförderung.

**Herr Weiberlenn** erklärt, dass es Gelegenheit gab sich in zwei Sitzungen zum Haushalt zu äußern. Er beantwortet die Fragen von Herrn Klamke.

**Frau Knoblich** fragt die Ausschussmitglieder nach ihrem Einverständnis, die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE abzustimmen.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Abstimmung der Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2012-2015  
Fraktion DIE LINKE

#### 1. GOrBiKs-Weiterführung der Finanzen

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3

Ablehnung: 4

Stimmenthaltung: 1 Der Antrag wird abgelehnt.

#### 2. Schülerbeförderungskosten weiter senken

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3 Dem Antrag wird zugestimmt.

#### 3. Kleinteilige maßnahmen Schulwegsicherung

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 1 Dem Antrag wird zugestimmt.

#### 4. Anspruch auf kostenloses Schulessen für Kinder aus Familien mit Leistungsbezug nach SGB II

Abstimmungsergebnis:  
Zustimmung: 3  
Ablehnung: 4  
Stimmenthaltung: 1      Der Antrag wird abgelehnt.

**Frau Knoblich** lässt die DS 11/SVV/0906 abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012 mit den beschlossenen Änderungen zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis DS 11/SVV/0906 mit den beschlossenen Änderungen:**  
Zustimmung: 4  
Ablehnung: 3  
Stimmenthaltung: 1

**zu 7.2      Überarbeitung der Preisliste städtischer Bäder**  
**Vorlage: 11/SVV/0863**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Herr Menzel** bringt die **Neue Fassung des Antrages** vom 19.03.2012 ein:  
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. **Mit Beginn der Sommersaison 2012 gilt die Familienkarte für die Hallenbäder – wie im Fall der Strandbäder – für maximal 2 Erwachsene plus Kinder bei Beibehaltung der bisherigen Preise von 7 Euro.**
2. **Der Stadtverordnetenversammlung werden im September 2012 drei Entwürfe für eine neue Preisliste der städtischen Bäder vorgelegt. Dabei ist zu unterscheiden zwischen einem niedrigerem, einem gleichbleibendem und einem höheren Betriebskostenzuschuss seitens der Stadt an die Stadtwerke GmbH. Wichtigstes Kriterium für die Erarbeitung aller drei neuen Entwürfe sollen eine höhere Familienfreundlichkeit und Sozialverträglichkeit der Preisliste sein. Kinder sollen frühestens ab dem Alter von 4 Jahren eintrittspflichtig sein. Es ist eine ermäßigte Variante der Familienkarte einzuführen. Für Anfänger-Schwimmkurse soll es sowohl für Erwachsene als auch für Kinder ermäßigte Angebote geben. Die neue Preisliste soll im Januar 2013 in Kraft treten.**
3. **Mit den Entwürfen für die neue Preisliste ist den Stadtverordneten der Vertragsentwurf der LHP über den Betriebskostenzuschuss für den Betrieb der Bäder an die Stadtwerke GmbH ab 2013 ff. vorzulegen.**

**Frau Sello** nimmt zu den einzelnen Punkten ausführlich Stellung. Sie macht Ausführungen zu den zu erwartenden Umsatzeinbußen, bereits vorhandenen sozialen Angeboten und stellt Preisvergleiche zu Bädern in der Region, in Berlin und Kleinmachnow vor. Sie erklärt, dass der ab 2013 von der Landeshauptstadt Potsdam zu zahlende Zuschuss für die Bäder, die sich aus den geforderten Änderungen der Eintrittspreise ergebenden Umsatzeinbußen mit ausgleichen muss. Weiterhin weist sie darauf hin, dass die Bäderlandschaft Potsdam GmbH anstrebt, Kostensteigerungen z. B. in den Bereichen Personal und Energie

möglichst weitgehend durch höhere Umsätze auszugleichen.

**Herr Klamke** ist der Meinung, dass man bedürftige Familien unterstützen sollte.

**Herr Menzel** beruft sich auf die Kinderfreundlichkeit der Stadt Potsdam. Die Stadt gebe 80.000 € für Hochkultur aus. Hier rede man über 7.370 €, 10.100 € bzw. 25.400 €.

**Herr Wollenberg** stellt Fragen an Frau Sello. Primat habe die Familienfreundlichkeit. Die in Punkt 2 des Antrages geforderten Entwürfe sollten erarbeitet werden und dann müsse darüber entschieden werden.

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass die Stadtwerke der Landeshauptstadt Potsdam Rechnung lege und diese zu begleichen sei. Frau Sello habe auch auf die Konstellation der Rentner in Potsdam gegenüber anderen Städten verwiesen, die dort höhere Eintrittspreise zahlen. Man müsse die Diskussion aufmachen, ob man die geforderte Reduzierung auf alle Schichten oder nur auf Kinder verteilen wolle.

**Frau Knoblich** lässt den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 2 Der Antrag wird abgelehnt.

### zu 7.3 **Anpassung der Sportfördersatzung der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 12/SVV/0038**

Neue Fassung vom 21.02.2012

Fraktionen FDP, Potsdamer Demokraten

Es liegt eine neue Fassung des Antrages vom 21.02.2012 vor. Da an der Sitzung kein Vertreter der Fraktion FDP teilnehmen kann, wurde darum gebeten, den Antrag zurückzustellen.

Der Antrag wird zurückgestellt.

### zu 7.4 **Zweite Änderung der Sportanlagen- Nutzungs- und Vergabeordnung der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 12/SVV/0144**

FB Bildung und Sport

**Frau Knoblich** schlägt für die heutige Sitzung eine 1. Lesung vor. Die Abstimmung sollte in der Aprilsitzung erfolgen.

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass es eine Abstimmung mit dem Stadtsportbund und dem Luftschiffhafenbeirat gegeben habe. Den Ausschussmitgliedern werde eine Synopse vorgelegt, aus der hervorgeht, wo Einigung erzielt wurde und zu welchen Punkten es noch Abstimmungsbedarf gebe.

**Herr Gessner** informiert, dass es im Vorfeld zahlreiche Gespräche mit Vereinen und dem Betreiber der Sportanlagen gegeben habe. Im wesentlichen Änderungsbedarf gehe es um die MBS Arena und insbesondere um die

Einnahmen aus Kartenverkäufen, welche in der aktuellen Fassung der SPAN noch nicht geregelt sind. Außerdem waren redaktionelle Veränderungen aufgrund von Strukturveränderungen und Ausgründungen sowie Klarstellungen erforderlich. Bis heute nicht abschließend ausdiskutiert sei Punkt 6 Absatz 5 auf Seite 5 der Synopse (blaue Schrift: Vorschlag der Verwaltung; rote Schrift: Vorschlag des Stadtsportbundes).

**Herr Szilleweit** fragt, warum die Vergabe der Halle jetzt an den Luftschiffhafen gekoppelt werden solle und nicht wie bisher durch den Bereich Sport erfolge.

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass sich Zuständigkeiten verändert haben. Der Luftschiffhafen werde durch die Luftschiffhafen GmbH verwaltet.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an, die beantwortet werden.

**Herr Menzel** bringt folgenden **Änderungs-/Ergänzungsantrag** ein:

**Punkt 4 ergänzen:**

**Die Stadtverwaltung legt den Stadtverordneten zu Beginn des Schuljahres einen Bericht vor, der auflistet, welche Sportanlage in welchem Zeitumfang an welchen Nutzer vergeben wurde.**

**Der Bericht wird auf potsdam.de veröffentlicht und zum zweiten Schuljahr aktualisiert. Der Bericht enthält eine Nachrückerliste jener Anfragen, die nicht oder nicht im gewünschten Umfang berücksichtigt wurden und beschreibt die Kriterien, nach denen die Sportanlagen vergeben werden.**

**Herr Klamke** erklärt, dass die neue Vergabeordnung Entgelt für Sportveranstaltungen vorsieht, die als gewerbliche Sportveranstaltungen gelten. Es wurde lange diskutiert, was gewerbliche Veranstaltungen seien. Man sollte auch kleine Vereine im Blick haben. Er möchte die Fraktionen für diese Problematik sensibilisieren.

**Frau Dr. Magdowski** erläutert, gewerblich bedeutet Gewinnerzielungsabsicht. Man habe unterschiedliche Konstellationen. U.a. könnte z. B. Ausrichter ein gemeinnütziger Verein sein, der Veranstalter ist kommerziell angelegt, eine GmbH beispielsweise, die mit Gewinnabsicht arbeitet. Wenn der Veranstalter ein gemeinnütziger Verein ist, sollte dies kein Problem sein. Dies müsse geklärt werden.

**Herr Wollenberg** meint, man sollte sich dazu verständigen, ein Modell zu finden, welches beiden Seiten gerecht werde.

**Frau Pichler** verweist auf die Zuschauerzahlen, die gegenwärtig so seien, dass sich Veranstaltungen nicht tragen. Wenn die Stadt in dieser Halle attraktiven Sport für die Bevölkerung haben möchte, kann es für die Vereine nicht so funktionieren, wie vorgeschlagen.

**Frau Knoblich** verweist darauf, dass die beklagten Auswirkungen der Verträge beschlossen seien und dem Stadtsportbund sicher bekannt waren.

**Frau Pichler** möchte klarstellen, dass der Stadtsportbund den Inhalt der Verträge nicht kenne.

**Frau Bankwitz** erklärt, dass es Verträge mit der eigenen GmbH seien. Die Stadt könne über ihre Gesellschafter Einfluss nehmen. Wenn der Stadtsportbund den

Stadtverordneten einen Hinweis gibt, sollte man dem nachgehen und schauen, was man verbessern könne.

**Herr Wollenberg** verweist darauf, dass der Stadtsportbund nicht mitsprechen könne, da die Verträge in der Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich behandelt werden. Die Stadtverordneten haben als Eigentümer der GmbH eine Aufsichtsmöglichkeit. Er bittet Frau Dr. Magdowski dringend den Aufsichtsrat einzuberufen. Die Vereine seien bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Gegenleistung zu bringen und möchten nicht alles umsonst haben. Man müsse gemeinsam eine Möglichkeit finden, den Vereinen die Sportstätte zur Verfügung zu stellen für eine Gegenleistung, die für sie leistbar ist.

**Herr Klamke** erklärt, die Halle sei für den Schulsport gebaut worden. Die Betriebskosten seien auch durch den Schulsport abgesichert. Es gehe nur über die Veranstaltungskosten.

**Frau Dr. Magdowski** informiert, dass im Luftschiffhafenbeirat bestimmte Themen, auch zu den Verträgen, erörtert wurden. Es war auch der Stadtsportbund vertreten. Sie schlägt vor, dass die finanziellen Auswirkungen der Vorschläge der Verwaltung und des Stadtsportbundes zum Thema Einnahmen aus Kartenverkäufen in der Anlage zur Niederschrift exemplarisch aufgezeigt werden.

**Der Antrag wird zurückgestellt.**

**Antrag und der Änderungs-/Ergänzungsantrag von Herrn Menzel werden in der Sitzung am 24.04.2012 abgestimmt.**

**zu 7.5 Aufhebung der Satzung über die Nutzung und die Erhebung von Gebühren des Wohnheimes der Spezialechule Sport 'Friedrich Ludwig Jahn' und Beschlussfassung der Entgeltordnung für die Bereitstellung von Unterkunft und Verpflegung im Wohnheim der Spezialechule Sport 'Friedrich Ludwig Jahn'**

**Vorlage: 12/SVV/0141**

FB Bildung und Sport  
auch Luftschiffhafenbeirat

**Frau Schmidt**, Vorsitzende des Wohnheimausschusses, erhält Rederecht und erklärt, was seitens der Eltern beanstandet wird. Es geht um den Rechtsanspruch auf einen Wohnheimplatz, um den Einfluss des Schulkostenbeitrages und darum, dass die Eltern am Entscheidungsprozess zu den Bedingungen des Mietvertrages und der Essenversorgung beteiligt werden. Dazu teilt sie eine Tischvorlage an die Ausschussmitglieder aus.

**Herr Albrecht** erläutert die Bedingungen und die Begründung zur Einbringung der Vorlage. In seinen Ausführungen geht er auf die Einwände der Eltern ein. Das MBS habe am 22.03.2012 die Zustimmung vom 14.02.2012 zu einer Erhebung eines Entgeltes für Übernachtung und Verpflegung auf einen Zeitraum von bis zu 11 Monaten geändert. Ziel der Regelung sei, die Qualität des Essens dauerhaft zu sichern.

**Herr Wollenberg** spricht sich dafür aus, dem Anliegen der Eltern zu entsprechen und bringt folgenden **Änderungs-/Ergänzungsantrag** ein:

- (1) In § 3 Abs. 1 wird angefügt: Anspruch auf Bereitstellung der Unterkunft hat, wer Schüler der Spezialechule ist.**

**(2) In § 3 Abs. 3 wird das Wort jährlich gestrichen und durch die Wortgruppe „für ein Schuljahr“ ersetzt.**

**Herr Wollenberg** fragt, ob es die Möglichkeit der Entlastung für Elternhäuser bzw. eine Härtefallregelung gebe.

**Herr Heintz** spricht sich gegen die Jahresregelung im Mietvertrag aus. Wenn ein Kind an der Sportschule sei, sollte es einen Mietvertrag für die gesamte Schulzeit bekommen.

**Herr Wollenberg** erklärt, dass die Jahresregelung auch eine Chance beinhalte. Durch den Änderungsantrag sei der Rechtsanspruch auf einen Wohnheimplatz für die Zeit der Schullaufbahn gegeben.

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass man bezüglich der Härtefallregelung in Cottbus und Frankfurt/Oder nachfragen werde.

**Herr Wollenberg** hätte gern das pädagogische Konzept des Wohnheimes unter Einbeziehung der Elternschaft im Ausschuss besprochen. Bezüglich der Härtefallregelung bringt er folgenden **Änderungs-/Ergänzungsantrag** ein:

**(1) In § 2 wird ein Abs. 2 angefügt:**

**In besonderen sozialen Härtefällen kann das zu entrichtende Entgelt ermäßigt oder erlassen werden. Über Ermäßigung oder Erlass entscheidet der FB Bildung und Sport im Einvernehmen mit der Schulleitung auf Antrag nach Maßgabe der Regelungen aus der Satzung über die Kostenübernahme für das Schulesen.**

**Frau Dr. Magdowski** verweist darauf, dass dies der sorgfältigen Prüfung bedürfe.

**Herr Wollenberg** stellt den **Geschäftsordnungsantrag: Wenn Prüfbedarf besteht, beantragt er Vertagung.**

**Abstimmungsergebnis des Geschäftsordnungsantrages: 7 Stimmen dafür**

**Die Behandlung der Beschlussvorlage wird zurückgestellt.**

**zu 7.6 Kommunale Immobilien für freie Schulträger**  
**Vorlage: 12/SVV/0097**  
Fraktion DIE LINKE

**Herr Wollenberg** bringt folgende neue Fassung des Antrages für den Antragsteller ein:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, kommunale Immobilien, die für schulische Nutzung geeignet sind, künftig weder zu verkaufen, noch langfristig (länger als 3 Jahre) und ausschließlich befristet zu vermieten oder zu verpachten.

**Frau Bankwitz** und **Herr Zieharth** empfehlen die Zeit von 3 Jahren rauszunehmen.

**Herr Wollenberg** folgt dem und ändert den Antragstext.

Neuer Antragstext:

**Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, kommunale Immobilien, die für schulische Nutzung geeignet sind, künftig weder zu verkaufen und**

**ausschließlich befristet zu vermieten oder zu verpachten.**

**Herr Wapenhans** verweist darauf, dass Verkauf und Verpachtung in der Stadt klar geregelt seien.

Nach kurzer Diskussion folgt die Abstimmung des neuen Antrages.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag wie folgt zu beschließen:  
Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, ~~freien Schulträgern in der Landeshauptstadt keine weiteren städtischen Immobilien durch Vermietung, Verkauf oder Verpachtung mehr zur Verfügung zu stellen.~~ **kommunale Immobilien, die für schulische Nutzung geeignet sind, künftig weder zu verkaufen und ausschließlich befristet zu vermieten oder zu verpachten.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1 Der Antrag wird geändert beschlossen.

## **zu 8 Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 8.1 Information zur Märkischen Bildungsmesse**

**Frau Dr. Magdowski** informiert, dass die Märkische Bildungsmesse vom 30.03. bis 31.03.2012 in der Metropolis Halle sein wird. Veranstalter sind die Landeshauptstadt Potsdam, die Stadt Brandenburg an der Havel und die Landkreise Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming.

**Herr Ziebarth** ergänzt die Ausführungen. Er hofft auf eine rege Teilnahme und wünscht, dass die Messe zur Aufklärung über Fördermöglichkeiten beitragen kann und Ausbildungsplätze attraktiver werden.

## **zu 9 Sonstiges**

**Frau Knoblich** informiert, dass Herr Menzel darum gebeten hat, durch das Staatliche Schulamt einen Bericht über den Stand des Ü 7-Verfahrens zu erhalten. Sie bittet Herrn Dörnbrack dies zu tun.

**Herr Dörnbrack** verweist auf die Veröffentlichung in der Presse und geht in seinen Erläuterungen auf die einzelnen Schulstandorte ein. Die Schüler bewerben sich für einen Bildungsgang. Für den Bildungsgang AHR gebe es an Gymnasien ausreichend Plätze. An der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben Gesamtschule und an Oberschulen (außer Montessori-Oberschule) seien genügend Plätze für die Bildungsgangsempfehlungen EBR und FOR vorhanden. Er gehe davon aus, dass im Zweitwunsch und im Zuweisungsverfahren alle Schüler untergebracht werden. Der Probeunterricht an Gymnasien wurde erfolgreich durchgeführt. Jetzt beginne das Auswahlverfahren.

Im Weiteren wird auf die Fragen von Herrn Menzel geantwortet.

**Frau Knoblich** bittet darum, in der nächsten Sitzung über den aktuellen Stand

des Ü 7-Verfahrens zu informieren

**Sachstand Sportplatz Hans-Sachs-Straße**

**Frau Dr. Magdowski** hat der WBG 1903 Potsdam e. G. mit Schreiben vom 06.03.2012 mitgeteilt, dass die Mitglieder des Bildungsausschusses den Ausbau der Sportanlage ausdrücklich unterstützen. Nachdem es unter Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit und der beiden Schulen gelungen sei, sich über die Art und Weise der Umgestaltung der Sportanlage zu einigen, bat sie um Unterstützung des Vorhabens durch die Wohnungsgenossenschaft und um Mitteilung, welche Umstände aus ihrer Sicht erforderlich seien, damit das Vorhaben zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden könne. In einem Telefonat zeigte sich die Wohnungsgesellschaft kooperativ. Die Verhandlungen mit dem KIS bezüglich eines neuen Verkehrswertgutachtens seien noch nicht abgeschlossen.

**Frau Dr. Magdowski** informiert, dass das Erzbistum Berlin schriftlich mitgeteilt habe, dass die Fertigstellung der neuen Sporthalle voraussichtlich in der ersten Augustwoche erfolgen wird.

**Herr Menzel** verweist auf seine kleine Anfrage bezüglich Hygiene-, Reinigungs- und Lüftungspläne an Potsdamer Schulen. Er habe eine umfangreiche Beantwortung erhalten, für die er sich bedankt. Der Antwort entnehme er aber, dass einige Schulen die Sache nicht ernst nehmen. Er bittet darum, in der nächsten Sitzung die Kleine Anfrage zu behandeln und möchte wissen, was das Staatliche Schulamt und der Schulträger zu tun gedenken.

Hannelore Knoblich  
Leitung der Sitzung

Gudrun Wildgrube  
Schriftführerin